

Danziger Zeitung

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

NEC TEMERE NEU TIMIDE

Nr. 21161.

1895.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Haupt-Expedition, Kettelerhagergasse 4, bei sämtlichen Abholstellen und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal ohne „Handelsblatt und landwirthschaftl. Nachrichten“ 2 Mk., durch die Post bezogen 2,25 Mk., mit „Handelsblatt und landwirthschaftl. Nachrichten“ 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Interate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. Bei wiederholtem Inserieren entsprechender Rabatt. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertions-anträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

(Telegraphischer Bericht.)

■ Berlin, 23. Januar.

Das Abgeordnetenhaus führte heute die erste Berathung des Stats in fünfeinhalbstündiger Sitzung zu Ende. Die Debatte gestaltete sich zum Theil recht lebhaft. Pikanter war ein Zwischenfall, veranlaßt durch die Drohung des Abg. v. Eynern mit der Bildung einer preußischen Partei. Finanzminister Dr. Miguel protestierte sofort scharf gegen diesen Gedanken, auch die Minister Thiele und Dr. Bosse nahmen an den Verhandlungen Theil. Leichter sprach die Hoffnung aus, daß es möglich sein werde, recht bald ein Lehrerbefoldungsgezetz vorzulegen und beantwortete in versöhnlichem Tone die Vorwürfe des Centrums über den angeblichen Mangel an Parität. Allgemein fiel es auf, daß sich der Landwirtschaftsminister Freiherr von Hammerstein, obwohl er in den letzten Tagen wiederholt apostrophiert worden war, fortgesetzt in Schweigen hülle. Den Schluss der Debatte bildete ein heftiger Zusammenstoß zwischen dem Centrumsabgeordneten Dr. Bachem und dem nationalliberalen Dr. Friedberg wegen der Außerung über die Mordbrennerei Gustav Adolfs. Mit diesem Mischtlang schloß die Debatte.

Die nächste Sitzung findet am nächsten Freitag um 11 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht das Gerichtskostengesetz und die Novelle zur Hinterlegungsordnung.

5. Sitzung vom 23. Januar,

11 Uhr.

(Die Rede des Abg. Moty (Pole) und der Anfang der Rede Eynerns (nat.-lib.) sind schon in der Abend-Ausgabe mitgetheilt).

Abg. v. Eynern (fortlaufend): Zu rügen ist das indirekte Verfahren der Einschätzungscommission bei der Vermögenssteuer. Was die Noth der Landwirtschaft anbetrifft, so erkennen wir sie an und wollen versuchen, ihr abzuholen; dann wünschen wir aber auch, daß die fortgesetzten Angriffe der Kreuzzeitungssatirier gegen die Nationalliberalen aufhören. Redner zählt die vielen Verdienste der nationalliberalen Partei um die Landwirtschaft auf. Zu dem Antrag Ranitz hat meine Partei noch keine Stellung genommen, aber wir wollen ihn eingehend prüfen. Zu dem Ministerwechsel habe ich zu bemerken, daß ich, wenn ein Minister geht, allerdings die Gegenzeichnung eines Ministers erforderlich halte. Ich kann deshalb die Antwort des Ministerpräsidenten in dieser Sache gegenüber dem Abg. Richter für nicht ganz geeignet halten. Sehr gefreut hat uns dagegen der Besuch des Fürsten Hohenlohe in Friedrichshafen bei dem Fürsten Bismarck. (Beifall bei den Nationalliberalen). Wenn der Reichstag die Richter'sche Politik weiter befolgt, wird er sich bald selbst sein Grab graben, dann ist aber auch die Bildung einer rein preußischen Partei nicht mehr ein Ding der Unmöglichkeit.

Finanzminister Miguel warnt eindringlich vor einem solchen Vorgehen einer einzelnen Landesvertretung gegen den Reichstag und vor dem Gedanken der Bildung einer rein preußischen Partei. Dadurch werde das Ansehen des Reichstages arg geschädigt und lieber wolle er auf die ganze Reichsfinanzreform verzichten, als die

Bildung einer spezifisch preußischen Partei erleben. Alsdann widerlegt der Minister einzelne Bemerkungen der Vorredner. Die Reichsfinanzreform einen Automaten nennen kann nur derjenige, der nichts von diesen Dingen versteht. Mir liegt daran, die Einzelstaaten von Preußen unabhängig zu machen.

Cultusminister Dr. Bosse: Entsprechend meinen früheren Vorlegungen erkenne ich auch heute die Nothwendigkeit eines Lehrerbefoldungsgezesses an. Es sind auch bereits die Grundzüge für ein solches Lehrerbefoldungsgezetz aufgestellt und vertraulich an die Provinzialbehörden geschickt worden. Davon ist leider etwas in die Lehrerkreise gedrungen, die sich nun enttäuscht fühlen, daß das Gezetz noch nicht da ist. Es schwelen aber bereits Verhandlungen mit dem Finanzminister darüber. Hoffentlich wird es der Regierung möglich sein, die betreffende Vorlage sehr bald einzubringen. Alsdann kommt Redner auf die Anklagen des Centrums wegen der mangelnden Parität zu sprechen. Wir können nicht um eine einzelne Mark bei der Vertheilung der Staatszuwendungen für die Confessionen rechnen. Man kann ebenso wenig behaupten, der Dom in Berlin ist für die Evangelischen errichtet, wie der Römer Dom für die Katholiken. Wenn die Behauptung wahr ist, daß früher in der katholischen Abteilung des Cultusministeriums die Räthe thaten, was sie wollten, so kann ich nur sagen, daß meine Räthe thun, was ich will; nicht meine Räthe decken mich, sondern ich decke meine Räthe und übernehme für mein Kessort die volle Verantwortung. Ich bitte Sie dringend, sich nicht gegenseitig zu beschuldigen, sondern Schulter an Schulter gegen die Mächte des Umsturzes zu kämpfen.

Abg. Gothein (kreis. Vereinig.) weist die Vorwürfe des Ministers zurück, daß seine Partei für vermehrte Ausgaben gestimmt habe, ohne für Deckung zu sorgen. Der Abg. Richter hat gestern den Minister auf verschiedene Deckungsmittel hingewiesen. Das Liebeswerben des Abg. v. Eynern bei den Conservativen wird wohl erfolglos bleiben. Redner kritisiert dann die Eisenbahnreform, die ein Sieg des Allesseins ist. Gerade die Agrarier, die am meisten auf die Börsenspeculation wettern, beteiligen sich vielfach an solchen Speculationen. Ich kenne manchen Großarndbeißer in Schlesien, die esfrig an der Börse spielen. Auch der Rechtsanwalt Eichenbach, der Hauptagitator gegen die Börse, hat früher speculiert und machte, als er später einmal wegen Zahlung von Differenzen verklagt wurde, den Einwand, daß er von Börsengeschäften nichts verstehe. (Hört! hört!) Redner empfiehlt zum Schlus die Freihandelspolitik, auch Argentinien gegenüber. Die Annahme des Antrages Ranitz wäre ein Wortbruch gegenüber den Vertragsstaaten.

Abg. Wallbrecht (nat.-lib.) führt aus, daß die Eisenbahn-Reform zahlreiche Regierungsbauemeister stellenselbst gemacht habe. Die Regierung soll doch dafür sorgen, daß diese Leute bald wieder eingestellt würden.

Eisenbahnminister Thiele: Die Eisenbahn-Verwaltungsreform hat 64 Baumeister disponibel gemacht, davon sind bereits 30 untergebracht. Auch die anderen, die jetzt noch stellenselbst sind, werden baldigst berücksichtigt werden. In nächster Zeit werden noch 12 Baumeister disponibel für die aber auch in absehbarer Zeit gejagt werden. Hierauf ist die aufgebauten Legende von den 80 auf die Straße geworfenen Baumeistern zurückzuführen.

Abg. Schwarze (Centr.) erklärt, die Finanzvorlage mache keine neuen Steuern nötig.

Finanzminister Dr. Miguel erwideret kurz, der

Vorredner sei nicht genügend orientiert. Sonst würde er sich nicht so äußern können.

Abg. Dr. Bachem (Centr.): Der im Reichstag von einem Centrumsabgeordneten gebrauchte Ausdruck „Mordbrennerei Gustav Adolfs“ ist dort nicht gerügt worden. Wenn nun Herr v. Eynern sagt, eine solche Außerung sei ein Schlag in's Gesicht des Protestantismus, so kann ich die von den Protestanten begangenen Gustav Adolfs-Festlichkeiten nur als einen Schlag in das Gesicht der Katholiken bezeichnen. Schon in der preußischen Elementarschule hat man gelernt, wie das Eingreifen Gustav Adolfs für Preußen und Deutschland schwer und verhängnisvoll gewesen ist. Wir haben keine katholischen Führer mit besonderer Spize gegen die protestantischen gesiegt. Es besteht die moralische Verpflichtung für die protestantischen Staaten, die aus der Säcularisation der katholischen Kirchengüter gewonnenen großen Mittel auch den Katholiken zu gute kommen zu lassen. Zu dem gegenwärtigen Cultusminister haben wir Vertrauen, nicht aber zu seinen Räthen, die nicht katholisch sind. Es ist möglich, daß dieses Misstrauen mit den Erfahrungen zusammenhängt, die wir im Cultukampf gemacht haben.

Abg. Friedberg (nat.-lib.): Ich bin kein Freund davon, daß hier an den Verhandlungen des Reichstages Artikl geübt wird. Aber einige Außerungen des Abg. Bachem nöthigen mich dazu. Die Außerung „Mordbrennerei Gustav Adolfs“ ist allerdings eine Verleugnung der protestantischen Gefühle. Wenn die Katholiken in Trier den heiligen Koch verherrlichen und wir protestantisch üben daran Kritik, dann rufen sie den Staatsanwalt. Die Auszählungstheorie des Centrums über die Parität reißt den Staat aus einander und ist kein Beweis von Friedfertigkeit.

Schlus der Sitzung 4½ Uhr.

Als dann wurde die Sitzung geschlossen und die nächste Sitzung auf morgen Mittag 1 Uhr festgesetzt. Auf der Tagesordnung steht die Beendigung der gestern begonnenen Berathung der Zolltarifnovelle und die erste Lesung des Entwurfes betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt.

21. Sitzung am 23. Januar,
11 Uhr.

Abg. Beck (kreis. Volksp.): Die Antragsteller haben in der letzten Debatte vor acht Tagen reichliche Angriffe auf die angeblich zügellose Gewerbebefreiung gemacht und uns vorgeworfen, wir seien Feinde des Handwerks und hätten kein Herz für dasselbe. Auch wir haben ein warmes Interesse am Handwerk. Die hier eingebrachten Anträge gehen aber etwas zu ausschließlich von preußischem Standpunkt aus. Bei uns in Süddeutschland, speziell in Bayern, liegen die Dinge ganz anders; die wollen wir nicht gegen anderes vertauschen, auch nicht gegen die Handwerkerkammern. Unsere Einrichtungen auf diesem Gebiete sind von früher her gut bestellt, machen Sie uns das nach. Damit erreicht man mehr als durch Zwangsorganisationen. Sehr unangemessen finde ich die Angriffe, die der Abg. Kamp vor acht Tagen gegen den früheren Abg. Baumbach machte, denn er politische Geschicklichkeit absprach. Baumbach hat mehr praktische Kenntnisse, als mancher preußische Geheimrat. Der Befähigungsnachweis ist nur eine lästige und wirkungslose Einrichtung, das hat das Beispiel von Oesterreich zur Genüge gezeigt. In der Debatte vor acht Tagen ist von conservativer Seite gesagt worden, daß der Umsturz nur vermieden werden könnte, wenn man die Zwangsinningen einführen würde. Wenn der Umsturz nur durch Einführung obligatorischer Innungen vermieden werden könnte, dann wäre es allerdings sehr traurig.

Abg. Mehner (Centr.): Der Staatssekretär von Bötticher hat mir neulich leid gelitten, daß er den alten Standpunkt der Regierung zu vertheidigen hatte, der überhaupt nicht zu vertheidigen ist. Herr v. Bötticher meint, die Handwerkerkammern sollten der Regierung als guter Beirat dienen. Daran fehlt mir der Glaube. Wenn die Regierung jetzt noch nicht weiß, was sie thun soll, um dem Handwerk zu helfen, dann wird sie es auch nach Einrichtung der Handwerkerkammern noch nicht wissen. Wenn die Regierung nicht bald eingreift, dann wird es bald überhaupt kein Handwerk mehr geben, dem man noch Hilfe bringen kann. Es fällt immer schwerer, die Gilphusarbeit weiter zu verrichten, nachdem der so oft schon den Berg herausgewälzte Stein immer wieder hinabgerollt ist. Es wäre wahrlich an der Zeit, daß die Regierung jetzt ihr altes Versprechen erfüllt und dem Handwerk nicht nur ab und zu einen Anhänger hinwirft.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Wenn der Vorredner der Regierung vorwirft, daß sie zu langsam vorausgegangen und dem Handwerk nur ab und zu einen Anhänger hinwirft, so tut er ihr Unrecht. Die an den Berlepsch'schen Vorschlägen vorgenommene Kritik ließ uns erkennen, daß die Handwerker selbst die vorgeschlagene Organisation nicht wünschten, also mußten wir neue Vorschläge machen, bei denen man auf die Zustimmung der Handwerkerkreise rechnen kann. Auch ich bin viel herumgekommen; habe mich mit vielen Handwerkern unterhalten und dabei gefunden, daß die Mehrzahl derselben nichts von Zwangsinningen wissen will, namentlich in Süddeutschland nicht. Es sind neue Untersuchungen und Erhebungen noth-

Erspartes bringt ihnen reichliche Einsten, dank der Empfehlung vom Herrn Lieutenant!

Ach ja, ich erinnere mich, ihr habt Actien von der Serbischen Eisenbahn gekauft?

„Zu Befehl, Herr Lieutenant, und noch manche von unseren Bekannten, die gerade einen Nothpfennig für das Alter anzulegen hatten, haben's auch gehabt. Wo so ein Herr wie der Herr Baron Steinhausen mit unterschrieben ist, da kann man sich schon darauf verlassen, denkt jeder, na, und das ist ja auch richtig.“

„Natürlich, natürlich! Und nun soll die Pauline eine festen Grog machen, und hier sind ein paar Cigarren, und ordentlich zugegriffen, daß es gleich für unterwegs reicht, und dann gehen gehen Sie doch und sehen Sie sich auch meinen Jungen an, des Vergleiches wegen, wissen Sie, und gelegentlich reite ich auch einmal vor und sehe mit mein Pathenkinder an.“

Peter empfahl sich dankbar und glücklich, und auch Hasso blieb in gehobener Stimmung zurück. Er freute sich aufrichtig, daß es den Leuten gut ging, denn er hatte immer viel von Peter gehalten und nahm sich vor, ein höchst anständiges Pathengeschenk zu machen und sich um sein Pathenkinder „später einmal“ tatsächlich zu kümmern.

In bester Laune zündete er sich eine Cigarre an und setzte sich vor seinen Schreibtisch, um Zeitungen und Briefe, die inzwischen eingetroffen waren, durchzusehen.

„Was sind denn das alles für Briefe mit Firmenstempeln?“ murmelte er, eins der lebhaft gesprochenen Couverts öffnend.

„Aha, eine Rechnung für Mijis!“ Er öffnete den nächsten Brief.

„Ebenfalls!“

Und noch einer — und noch einer — lauter

Rechnungen für Toilettengegenstände. Hasso summirt die Endresultat und runzelte die Stirn.

„Mein Gott, die kleine Frau — ist sie unverträglich — das sind ja fast tausend Mark, und all das für Bänder, Spitzen, Handschuhe und lauter Ainkerlchen — da wird mein Pathenkinder freilich schlecht wegkommen müssen —“ Er sah die Rechnungen wieder an, und während er noch den Kopf darüber schüttelte, wurde die Glöde draußen heftig gezogen, und gleich darauf erklang Mijis Stimme im Corridor.

Unwillkürlich wandte Hasso den Kopf, saß wäre er aufgeprungen, aber er befand sich. Nein, entgegengenau durfte er ihr nicht, und ein wenig ernst mußte er sie empfangen. Sie mußte doch begreifen lernen, daß solche Toiletteneinrichtungen, wie sie ihm da ganz unverlebens über den Hals gekommen waren, ihre Verhältnisse überstiegen.

Da schrie Miji in das Zimmer. — Ihre Augen strahlten, ihr rosiges Gesicht blickte wie eine Pfirsichblüte unter Schne aus dem weißen Pelzrock, das ihren Hals und ihren Kopf umschloß, hervor. Sie sah wie ein sechzehnjähriges Mädchen aus, und mit dem Ungeheuer eines solchen lief sie auf Hasso zu und umschloß seinen Hals mit ihren Armen.

„Gei nicht böse, Hasso, es war zu verlockend, ich konnte nicht widerstehen!“

„Aber woher weißt du denn schon, daß ich jetzt gerade diese Rechnungen?“

Sie blätterte über die Papiere auf dem Schreibtische.

„Ach die — das sind ja alles nur kleine Notwendigkeiten oder notwendige Kleinigkeiten, das meine ich nicht!“

„Aber“ — — — (Fortsetzung folgt.)

(Nachdruck verboten.)

Alte und Junge.

20 Roman von Moritz v. Reichenbach.

XVI.

Einige Monate waren seit dem Tauffeste vergangen. Hasso kehrte aus dem Dienst zurück. Der Schnee knirschte unter den Hüfen seines Pferdes und flimmerte in Millionen Funken auf dem hell von der Mittagsonne beschienenen Felde zur Rechten, denn die Villenkolonie, in der die meisten Offiziersfamilien von Hassis Regiment wohnten, lag ziemlich weit entfernt von der Stadt in fast ländlicher Umgebung.

„Ein reizendes Nest, Eure Villa, und die Wirthin das Reisende darin“, hatte ein kürzlich zum Regiment versetzter Befehl, ihm heute gesagt, und Gartens hielt, klängten die Worte in ihm nach, das Herz, denn es gab nichts, was ihn mehr freute, als eine Anerkennung Mijis. Und sie war wirklich gestern an ihrem Theetisch eine reizende Wirthin gewesen, und daß er ihr das noch gar nicht so recht gesagt hatte, empfand er jetzt wie eine Unterlassungsfürde. Und seine wohl durchwärmten Zimmer mit den kleinen Türen, die seiner wartete, erschienen ihm sehr verlockend nach dem kalten Ritt. Fast ungeduldig zog er die Klingel und hatte Eile, zu ihr zu kommen, zu ihr, die ihn mit ihren kleinen Läufen und Unarten wohl manchmal peinigte und verletzte, deren Lächeln gegenüber er aber doch stets bereit war, alles zu vergeben und zu vergessen.

wendig geworden. Der Besichtigungsnachweis hat sich gar nicht bewährt, wie wir an Österreich sehen. Auch das Organ der deutschen Dachziegel- und Schieferdeckergewerbe hat auf Fragen erklärt, daß der Besichtigungsnachweis in Österreich Fiasco gemacht hat. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der Reichstag durch Errichtung von Handwerkerkammern die Regierung unterstützen wird.

Abg. Lohe (Antl.) tritt für den Besichtigungsnachweis ein.

Abg. Dr. Schneider (Freis. Volkspartei) und Schneidermeister Rühn (Soc.) sprechen sich entschieden gegen den Besichtigungsnachweis aus.

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Abg. Kamp (Reichsp.) erklärt in einer persönlichen Bemerkung, er habe Baumbach nicht verleben wollen, es sei nur eine harmlose Bemerkung gewesen. Uebrigens habe der frühere Reichskanzler von Herrn Baumbach dieselbe Wendung gebraucht, ohne daß man von der Linken gegen Widerspruch erhoben habe.

Abg. Dr. Aropatschek (concl.) hat als Antragsteller das Schluswoort, um nochmals die Gründe für den Antrag zu recapitulieren.

Schlüß 4½ Uhr.

Die Commission der wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstages, welcher der Antrag Kanitz und der Verbesserungsantrag des Bundes der Landwirthe überwiesen war, hat gestern Abend beschlossen, der wirtschaftlichen Vereinigung die Einbringung des zweiten Antrages im Reichstage vorzuschlagen. Ein Regierungs-Commissar war nicht erschienen. Das plenum der wirtschaftlichen Vereinigung wird sich Freitag schlüßig machen.

Berlin, 23. Januar. Im weiteren Laufe der heutigen Sitzung der Umsturzcommission (siehe die gestrige Abendnummer) begründete der Regierungsvorsteher Seckendorff den § 111 a betr. die Bestrafung und Verherrlichung gewisser Verbrechen. Seckendorff betonte, daß die Leistungen in Kunst und Wissenschaft keineswegs gefährdet werden sollten. Man müsse zu den Richtern Vertrauen haben, daß sie das Gesetz nach seinem Geist und seinen Motiven auslegen. Der Minister des Innern v. Kölle berichtigte das Protokoll der letzten Sitzung bezüglich seiner Ausführungen über den Journalisten Reuß. Er stellte fest, daß er von Reuß niemals Mittheilungen empfangen und ihm niemals einen Auftrag erteilt habe; er würde die Zuziehung von Stenographen empfehlen. Abgeordneter Frohme (Sociald.) bezeichnete den Vorwurf, daß das Protokoll nicht richtig geführt sei, als einen Dolus, wofür er zur Ordnung gerufen wurde. Frohme legte darauf sein Amt als Schriftsführer nieder. Abg. Bebel (Soc.) befürwortete die Zuziehung von Stenographen, Abg. Frhr. v. Stumm sprach sich dagegen aus. Die nächste Sitzung findet am Freitag um 10 Uhr statt.

Die Budgetcommission des Reichstages hat einstimmig die vom Abg. Dr. Hammacher beantragte Resolution zu Gunsten der Aufbesserung der Gehälter der Elementarlehrer an den Unteroffizierschulen und Unteroffizierschulen angenommen.

Im Zeichen des „Verkehrs“.

Die Ankündigung, daß bei Ablehnung der Tabaksteuervorlage dem Reichstage vielleicht eine Vorlage betreffend die Besteuerung der Eisenbahnsahrkarten zugehen würde, mußte in einem Zeitalter, das sich angeblich im Zeichen des Verkehrs befindet, nothwendig Erstaunen erregen. Immerhin ist dieser Nachricht, die an sich nicht recht wahrscheinlich klang, wenig Beachtung geschenkt worden, und sie wurde heute vielleicht schon ad acta gelegt worden sein, wenn sie zwecklos nicht in merkwürdiger Weise aufgefrischt würde. Die verschiedenlich zu officiösen Kundgebungen benutzte „M. Pol. Correspondenz“ bringt nämlich folgende Mitteilung:

„Don bestimmter Seite war in der Presse darauf hingewiesen, daß, falls der Reichstag sich durchaus nicht zu einer Erhöhung der Reichseinnahmen durch Annahme einer fiscally lohnenden Reform der Tabaksteuer verstehen sollte, der Gedanke einer Verkehrssteuer in den Vordergrund trete. Dazu ist bemerkt worden, daß eine „Verkehrssteuer“ erst recht nicht die Zustimmung des Reichstages finden werde. Dieser Gedanke liegt in der That so nahe, daß man zu der Annahme gedrängt wird, der Hinweis auf die Verkehrssteuer müsse einen anderen Sinn haben. Von beachtenswerther Seite macht man uns nun darauf aufmerksam, daß im schlimmsten Falle die Erhöhung der verschiedenen Verkehrsgebühren, soweit dieselben nicht gesetzlich fixiert seien, in den Einzestaaten durch Tarifstruktur erfolgen könnte, und daß eine solche Maßregel materiell die Wirkung einer Verkehrssteuer haben würde. Es erscheint vielleicht nicht un interessant, diesen Hinweis der öffentlichen Erwagung zu unterbreiten.“

Dah es sich hier wirklich um eine officiöse Drohung handelt, möchten wir bezeichnen. Trifft dieser Zweifel aber zu, so hat die Regierung bei der Lecture jener Nachricht Grund auszurufen: Vor meinen Feinden will ich mich schon selber führen, Gott schütze mich vor meinen Freunden! Daz man in Regierungskreisen sich mit dem Gedanken befassen könnte, durch Tariferhöhungen eine Eisenbahnsahrkartensteuer dem Volke aufzuwringen, ist jedenfalls durchaus unglaublich. Soweit bis jetzt von Tarifänderungen die Rede war, hat man nur an Herabsetzungen derselben gedacht, wenn der Gedanke auch, Gott sei's geblagt, Gedanke blieb. Bisher sind leider die Eisenbahntarife nicht bemessen worden nach Maßgabe der Anforderungen des Verkehrs und des wirtschaftlichen Lebens, sondern nach den Bedürfnissen der Finanzverwaltung. Daher ist es gekommen, daß die Ermäßigung der Fracht tarife, welche bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen wiederholt in Aussicht gestellt worden und für die Concurrenzfähigkeit unserer Produkte und unseres Handels von außerordentlicher Bedeutung ist, nur in ungenügendem Maße hat

stattfinden können. Und deshalb sind alle Bestrebungen auf Ermäßigung der Personentarife gescheitert nicht an dem Widerspruch der Eisenbahnverwaltungen, sondern an dem der Finanzminister. Golle jezt allen Ernstes die Absicht bestehen, auf diese Bestrebungen, die Tarife zu ermäßigen, mit einer Erhöhung derselben zu antworten, so müßte man mutmaßen, daß wir in den Wendekreis des Kreises eingetreten sind und daß wir nicht im Zeichen des Verkehrs leben, sondern im Zeichen des Verkehrten.

Die Maifeier.

h. Berlin, 23. Januar.

Als die Boycottversammlungen zu Berlin im Herbst vorigen Jahres sich förmlich jagten, kündeten die Heißsporne in der Partei an. 1895 würde eine Maifeier veranstaltet werden, wie sie großartiger und gewaltiger nie gefeiert sei. Die boycotfreien Brauereien sprachen ihren Gegen hierzu; durch marktschreierische Annonen gaben sie der Welt davon Runde, daß am 1. Mai in ihren Etablissements die Arbeit ruhen werde. Nach Beendigung des Boycotts war das Gerede über die umfassende Maifeier durch Arbeitsruhe vollständig verstimmt; die Industriellen Berlins sind, abgesehen von den nicht in's Gewicht fallenden Ausnahmen der boycotfreien Brauereibesitzer, fest entschlossen, sich von den Socialdemokraten keinen Feiertag vorschreiben zu lassen und sie würden ohne Ausnahme die von der Arbeit forbleibenden maifeiernden Genossen entweder für eine Zeit aussperren oder ganz entlassen. Mag sein, daß die Führer der Socialdemokratie von der Absicht der Industriellen Kenntniß erhalten haben, kurzum seitens der Führer hat es an Rämpfen bei den heissporigen, jüngeren Genossen, die absolut ihre Maifeier durch Arbeitsruhe haben wollten, nicht gefehlt. Letztere hatten sich auch stillschweigend unterworfen, da ist vom Auslande her die Oppositionslust gegen die Führer von neuem entfacht worden. Die französischen Genossen haben erklärt, daß das französische Proletariat darauf brenne, am 1. Mai den „pro gegen Kapitalismus“ die Stirn zu zeigen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Belgien, die im vorigen Jahre zum ersten Mal in die Kammer gewählten socialdemokratischen Abgeordneten sind es den Massen schuldig, eine große Demonstration in Scène zu sehen. Die Maifeier ist dazu ganz besonders geeignet. Die österreichischen Genossen haben seiner Zeit durch den Mund des Dr. Adler bittere Klage darüber geführt, daß die Deutschen am 1. Mai die richtige Feier nicht begangen hätten. Trotz aller dieser Anregungen von Außen denken die Führer der deutschen Sozialisten nicht daran, für die vollständige Arbeitsruhe am 1. Mai, wie es seiner Zeit Abg. Schippel gethan, Stimmung zu machen, im Gegenteil, mehr wie sie werden sie abweigen; leicht wird es ihnen ja freilich nicht werden, aber trotzdem wird es diesmal wohl noch eitlingen, denn die Niederlagen, welche die Socialdemokratie anlässlich der ersten Maifeier in den einzelnen Städten erlitten, waren denn doch zu groß, als daß sie dieselben bereits hätten vergessen können.

Abonnement auf diese 2mal täglich erscheinende Zeitung (ohne Handelsblatt)
für Februar und März

Mk. 1.40

durch die Post 1.50; (mit Handelsblatt
2.40, durch die Post 2.50 Mk.)

Deutschland.

Berlin, 23. Januar. [Der Dreibund.] Nachdem unlängst die Ausstreitung, daß jetzt bereits zwischen den Dreibundsmächten Verhandlungen über die Erneuerung der Verträge im Gange seien, auf unfruchtbaren Boden gefallen, wird als neueste Nachricht verbreitet, im Frühjahr würden die Minister der Dreibundstaaten zu dem angegebenen Zwecke zusammenentreten. Hierzu schreibt man dem „Hamb. Corr.“ offiziös aus Berlin:

„Die Absicht bei der Verbreitung dieser Nachricht ist anscheinend die, den Eindruck hervorzurufen, als sei die Fortdauer des Dreibundes in Frage gestellt. Es genügt zu bemerken, daß der Dreibund sich einer so festen Constitution erfreut, daß sie durch Ausstreungen dieser Art nicht erschüttert werden kann. Der Liebe Müh“ ist also umsonst.“

[Der Jar] hat an den deutschen Kaiser ein Danktelegramm gerichtet für die Ehrungen, die dem Grafen Schmalow bei seinem Scheiden von Berlin zu Theil geworden sind.

[Petitionen an den Reichstag.] Dem Reichstag ist das orliche Verzeichniß der eingegangenen Petitionen zugegangen, das die Journallnummern 17 094 bis 19 719 umfaßt. Neben der Bitte um Einberufung einer internationalen Münzkonferenz zur Lösung der Silberfrage und um Einführung der kommunalen Besteuerung des Weines ist zum Tabaksteuergesetz eine Reihe von Petitionen eingegangen, den bestehenden Zoll auf ausländischen Rohtabak thunlichst unverändert zu lassen, den Rauchtabak im Verhältniß zu seinem Werthe nicht höher als die Cigarren zu belasten und die für die Pflanzer lästig fallenden Controloren zu bringen. Um Aufhebung des Impfgesetzes oder Beleitigung des Impfzwanges liegt wie in jedem Jahre eine große Anzahl von Petitionen vor.

[Über die Entschließungen der Staatsregierung] auf Anträge und Resolutionen des Abgeordnetenhauses ist dem Abgeordnetenhaus eine Übersicht zugegangen. Danach wird die gewünschte Statistik über die Ergebnisse des Wahlverfahrens bei den Abgeordnetenhaus- und Gemeindewahlen ausgearbeitet und dem Landtag vorgelegt. Betreffs der Umzugskosten der Staatsbeamten wird ein Gesetzentwurf vorbereitet, nach welchem denjenigen Regierungsbauern, die zur Deckung des dauernden Bedarfs an Anwärtern für den höheren technischen Dienst erforderlich sind, Umzugskosten in demselben Umfang wie den Assessoren zu gewähren sind. Die einheitliche Regelung der Pensionen- und Reliktenverhältnisse für die Angestellten an öffentlichen, nicht staatlichen, höheren Lehranstalten soll im Auge behalten werden, doch steht noch nicht fest, ob und wann diese einheitliche Regelung in vollem Umfang auszuführen sein werde. — Zur Bekämpfung des Geheimmittels wünscht im Reiche wird der Entwurf eines Gesetzes oder von

reglementarischen Bestimmungen vom Reichskanzler erwogen. Über die Reliktenversorgung der Elementarlehrer sind die Erörterungen noch nicht abgeschlossen.

* [Die Mitglieder des Herrenhauses.] Im preußischen Herrenhause sind gegenwärtig 275 Mitglieder vorhanden, darunter 66 erbliche, 3 Vertreter der Aronämter, 12 Aronypidici, 3 aus allerhöchstem Vertrauen, 2 Vertreter der Domäste, 8 der provinziellen Grafenverbände, 11 der Familienvverbände, 88 aus dem alten und bestellten Grundbesitz, 9 Vertreter der Landesuniversitäten sowie 45 Vertreter der Städte. Nach den Provinzen verteilen sich diese Mitglieder wie folgt: Ost- und Westpreußen 36, Brandenburg 53, Pommern 29, Polen 17, Schlesien 41, Sachsen 27, Schleswig-Holstein 11, Hannover 9, Westfalen 18, Hessen-Nassau 11, Rheinprovinz 28, Hohenlohe 1.

* [Das neue bürgerliche Gesetzbuch.] Die Commission wird jedenfalls noch in diesem Jahre ihre Arbeit beenden, so daß das Werk im nächsten Jahre dem Reichstage zugehen könnte.

* [Dünnewesen.] Bereits in dem Etat für 1893/94 ist daraus hingewiesen worden, daß die für das Dünnewesen verfügbaren Etatsfonds nicht ausreichend sind, um die Festlegungs- und Aufforstungsarbeiten in nachhaltiger Weise zur Ausführung zu bringen. In Folge dessen müssen alljährlich erhebliche Beiträge der verfügbaren Mittel zu Nachfragerarbeiten verwendet werden, wodurch die für Neucultivation verbleibenden Beträge derartig geschmälert werden, daß es vielfach nicht möglich ist, die Dünnebefestigung so zu fördern, wie es das Landesamtinteresse und die Rückstift auf die durch Dünnewanderungen gefährdeten Ortschaften erfordert. Um den vorliegenden dringendsten Bedürfnissen zu genügen, ist ein Mehrbetrag von 13 000 Mk. in den Etat eingefüllt.

* [Ertrag der Domänen.] Der Berliner Correspondent der „Frankf. Z.“ hat ermittelt, daß die 1894 neu verpachteten Domänen, welche von 1876—94 1 030 888 Mark erbracht und von jetzt ab 937 458 Mark bringen werden, bis 1876 jährlich nur 637 189 Mark erbracht haben, d. h. also: der Ertrag ist im Jahre 1894 ungefähr um die Hälfte besser gewesen, als er vor 1876 war.

* [Das Anwachsen der deutschen Handelsflotte] in den letzten zwei Jahrzehnten stellt sich folgendermaßen dar: Im Jahre 1871 betrug der Netto-Raumgehalt der vorhandenen Schiffe 982 355 Registertonnen, 1881 1 181 525, 1891 1 433 413, 1893 1 511 579; es ergibt sich also ein Zuwachs von 529 224 Registertonnen oder 54 Proc.

* [Ein Biermonopol] für das Reich wird in einem mittelparteilichen Blatte, dem „Hildesheimer Courier“, von einem Herrn Vibrans in Wiedhausen gefordert. — Jedenfalls ein charakteristisches Zeichen der Zeit!

* [Die Mäntel in der bairischen Armee.] Mit Bezug auf die Mitteilung, daß bei der preußischen Armee nunmehr in die Beschaffung der Tuchvorräthe für Herstellung von Mänteln aus grauem Tuch auch für die Mannschaften eingetreten wurde, erfahren die „M. N. N.“, daß von einer Aenderung der Mäntel für die bairische Armee endgültig Abstand genommen wurde, und das bisherige Manteltuch, sowohl für Offiziere wie Mannschaften, fernerhin beibehalten bleiben soll.

England.

London, 22. Januar. Der Staatssekretär des Innern, Asquith, hielt in Hull eine Rede, in welcher er ausführte, die Vermehrungen in der Marine seien für das nächste Jahr in größerem und ernsthafter Maßstab in Aussicht genommen, als es im vergangenen Jahre der Fall war; sie entsprangen jedoch nicht dem Wunsche, mit den Nationen der Welt in der kriegerischen Ausrüstung zu rivalisiren, sondern dem Umstande, daß die Regierung das Übergewicht Englands für die Sicherheit des Reiches und für eine bessere Garantie des Friedens für nothwendig erachtet. (W. L.)

Türkei.

Konstantinopel, 22. Januar. In Folge der von dem britischen Botschafter Currie wegen der Verhaftung des Directors der britischen Postverwaltung, Coob, erhobenen Vorstellungen ist an die Botschaft ein Entschuldigungsschreiben gerichtet worden, durch welches die Angelegenheit beigelegt ist. (W. L.)

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Berlin, 23. Januar. Der „Kreuzzeitung“ zu folge tritt in den nächsten Monaten eine internationale Konferenz zur Beratung über gemeinsame Vereinbarungen bei Einrichtung von Lazarettsschiffen unter dem rothen Kreuz zusammen. Die Anregung hierzu ist vom Londoner Cabinet ausgegangen.

Auf Antrag der Mitglieder des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens war bekanntlich der Redakteur der „Rundschau“, Lange, wegen eines antisemitischen Artikels zu einer Geldstrafe verurtheilt worden. Heute in der Berufungsinstanz wurde derselbe freigesprochen. Der Gerichtshof erkannte den Kläger die Aktivlegitimation zur Stellung der Klage ab, weil Lange im Verlauf der Verhandlungen erklärt hatte, daß ihm die Absicht, die Juden ohne Ausnahme zu verdammen, fern gelegen habe.

Der Rechtsanwalt Redakteur v. Dannenberg in Hannover erklärte heute in einer Zuschrift an die „Kreuzig.“, als ehemaliger Corpsstudent habe er sich sofort dem Ehrengericht unterworfen, welches nach eingehender Prüfung des ihm damals noch ganz fremden antisemitischen Abg. Dr. Hahn und der ganzen Sachlage in den nächsten Tagen entscheiden werde, ob er von demselben Satisfaction fordern soll oder nicht. Zu dem kürzlich im Auszuge abgedruckten Artikel der „Deutschen Volkszeitung“ habe er in keiner Verbindung gestanden.

Die gestern hier abgehaltene Hauptversammlung des Vereins Berliner Künstler hat beschlossen, im Jahre 1896 in Berlin eine große internationale Kunstaustellung zu veranstalten. Der Verein wählte Anton Werner zum Ehrenmitglied.

Der unlängst von den Marschallinseln zurückgekehrte Landeshauptmann Dr. Schmidt ist gemäß seinem vor einem Jahre von Saluit aus gestellten Antrage zur Disposition gestellt worden. Sein Besinden hat sich seitdem indessen erheblich verbessert.

Der in Logo zum Nachfolger des Landeshauptmanns Putthamer bestimmte v. Derhen ist in Conflict mit Marineoffizieren gerathen und deshalb nach Aribi versezt worden.

In Vertretung des auf Urlaub heimkehrenden Generalconsuls Nordenstinch geht der Assessor im Auswärtigen Amt Golmelli nach Capstadt.

Im kaiserlichen Ballspielhaus im Ausstellungspark entstand heute Feuer, das aber bald gelöscht wurde.

In dem heute früh hier eingetroffenen Preßlau-Berliner Schnellzug hat sich ein Sohn des Fabrikanten Weiß aus Löbau in Sachsen erschossen.

Nach einer Meldung des „Localanzeigers“ ist Graf Herbert Bismarck bereits unter dem Reichskanzler Caprivi ein Botschafterposten angeboten worden, den er aber damals ablehnte.

Hamburg 23. Jan. Zu den Defraudationen in der Dynamit-Aktiengesellschaft vormals Nobel u. Co. erfährt die „Hamb. Börsenhalle“, daß die Unterschlagungen nicht 750 000 Mk., sondern etwa 630 000 Mk. betragen. Der verhaftete Procurist Karl Jander ist geständig, die Unterschrift seines Procuristen auf dem Reichsbankcheck gefälscht zu haben. Er hatte am 1. Januar ein Speculationsengagement von 5 bis 6 Millionen.

Aiel, 23. Januar. Diensthauptmann Friedrich Ehlers aus Rassendorf, der am 24. Oktober zum Tode verurtheilt worden war, weil er die Dienstmagd Emilie Harms, mit der er ein Liebesverhältnis unterhielt, ermordet hatte, nachdem sie ihm mitgetheilt hatte, daß sie sich Mutter fühle, ist heute früh durch den Scharfrichter Reindel hier hingerichtet worden.

Rosel, 23. Januar. In der hiesigen Papierfabrik von Speele ist ein Dampfkessel explodirt. Ein Todter und drei lebensgefährlich Verletzte wurden unter den Trümmern hervorgezogen.

Paris, 23. Januar. Der „Figaro“ ist autorisiert, die Nachricht von der bevorstehenden Scheidung des Chepaares Casimir-Perier zu demontieren. Der Ex-Präsident werde in nächster Zeit mit seiner Gemahlin und Tochter eine Reise nach dem Süden unternehmen.

Paris, 23. Januar. Bourgeois hatte heute Vormittag längere Unterredungen mit mehreren eventuellen Cabinettsmitgliedern und begab sich Nachmittags in's Elysée.

Madrid, 23. Januar. Lopez Dominguez ist zum Marschall ernannt worden.

Konstantinopel, 23. Januar. Die Untersuchungskommission für die armenischen Greuel ist am 18. Januar in Musch eingetroffen. Der erste Bericht der Commission wird noch im Laufe dieser Woche erwartet.

Der österreichisch-bulgarische Conflict.

Wien, 23. Januar. Das offizielle „Fremdenblatt“ bespricht heute in einem längeren Artikel das bulgarische Accisengesetz und sagt, Österreich-Ungarn habe gegen diese kaum noch verschleierte Zollabschläge mit Recht protestiert. Die Sachlage sei dadurch compliciert, daß die Türkei die Anerkennung des neuen Wertpapiergeges abgelehnt habe. Wenn die Türkei an diesem Standpunkte festhalte, müßte die Meistbegünstigung der türkischen Provinzen auch für Waaren aus anderen Ländern eintreten

Bekanntmachung.

Die Lieferung der Verpflegungsbedürfnisse für das Centralgefängnis in Danzig und das Hilfsgefängnis in Oliva für die Zeit vom 1. April 1895 bis Ende März 1896 bestehend in:
 Schweinefleisch, Rindfleisch, Kinderschaf, Speck, Hühnchen, Früchten, Gemüse, Kartoffeln, Milch u. im Gesamtumfang von etwa 50 000 Mark soll im Wege der Submission vergeben werden. Zu diesem Zwecke ist ein Termin auf den 5. Februar 1895, Vormittags 11 Uhr, vor dem ersten Sekretär Herrn Groß im General-Bureau der Staatsanwaltschaft, Neugarten Nr. 29, 1. Stock, anberaumt, in welchem die bis dahin eingegangenen Offerten, welche den im General-Bureau ausstehenden und dort in den Stunden von 4 bis 1 Uhr eintreffenden Lieferungsbedingungen durchaus entsprechen müssen, geöffnet werden sollen. Diese Offerten sind postmäig verschlossen und mit der Aufschrift: "Offerte auf Lieferung von Verpflegungsbedürfnissen für das Gefängnis Danzig und Oliva" verlesen, bis zu dem genannten Tage eingehen. (1239 Danzig, den 12. Januar 1895. Der Erste Staatsanwalt.

Neubau der Provinzial-Irren-Anstalt Conradstein bei Pr. Stargard. Für den Neubau des Verwaltungsbüroes und der Beamtenwohnhäuser B., C., D., E. u. F. sollen Loos VIII. Züchterarbeiten und IX. Schlosserarbeiten öffentlich vergeben werden.

Die Verdingungsunterlagen liegen während der Dienststunden im Neubau-Bureau zur Einsicht aus und können von dort gegen kostenfreie Einsendung von 3,50 M. für Loos VIII. und von 3,00 M. für Loos IX. bezogen werden.

Angebote sind verpflichtet und mit entsprechender Aufschrift verlesen bis zu dem auf

Donnerstag, 31. Jan.

Vormittags 11½ Uhr, festgelehten Gründungstermin an den Unterzeichneter einen reichen.

Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Conradstein, bei Pr. Stargard, den 19. Januar 1895.

Der Landes-Bauinspektor.

1441) Harnisch.

Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Theodor Tobias zu Briesen ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichniß und über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Glaubiger-Ausschusses Schlusstermin auf den 11. Februar 1895.

Vormittags 11 Uhr, vor dem Königlichen Amtsgerichte hier selbst, Zimmer Nr. 2 bestimmt. (1634)

Briefe, d. 17. Januar 1895.

Barthowski, Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Wer über den seitigen Aufenthalt des Mußhaus-Fischkuskus Rabas Angaben zu machen im Stande ist, wird hiermit erachtet, solche dem unterzeichneten Anwalt zugehen zu lassen.

Wessel, Rechtsanwalt, 1693) Hundegasse Nr. 95.

Vermischtes.

DasLoos zum Besten der Kinderherberge in Salzungen.

1 Gewinne à 1. W. von 166666 M.

Haupttr. i. W. von 50000 M.

Loose à 1 Mark, 11 Loos à 10 M.

(Worto und Liffe 11 Loos 20 & extra) verl. für 10 M. F.A.Schrader,

Haupt-Agentur, für 25 M. Hannover, Gr. Bachhoffstr. 25.

Jur 12 monat. aufeinanderfolg. u. je einer am

Ersten jeden Monats stattfind. gross. Ziehung, in welchen jedes Los sofort einen Treffer

sicher erhält. Der Teilnehmer kann durch dieselben von den in Trossen à M. 500000, 400000, 300000 etc. zur Ausszahlung gelangenden o.

20 Millionen

bis ca. Mk. 20000, 15000, 10000 etc. mindestens aber nicht ganz den halben gesuchten Einsatz gewinnen.

Prospekt und für alle 19 Ziehungen Jahreszeit für alle 19 Ziehungen 120. oder per Ziehung nur

Mk. 10. — die Hälfte davon Mk. 5. — ein Viertel Mk. 2,80. Anmeldungen bis spätestens den 23. jeden Monats.

Allseitige Zahlungs-Stelle: Alois Bernhard, Frankfurt a. M.

Dankdagung.

Mein Dienstmädchen litt an heftigen Seitenstichen. Das Leiden stellte sich alle 3—4 Wochen ein und hatte sie dann keinen Appetit und was sie aß, mußte sie sofort wieder ausbrechen. Wir mabten uns daher an den homöopathischen Arzt Herrn Dr. med. Hope in Köln a. Rhein, Sachsenstr. 8. Die Medicamente, welche derselbe sandte, haben meinem Mädchen sehr gute Dienste geleistet. Der Appetit ist jetzt sehr gut, und die Siede haben sich noch nicht wieder eingestellt. Herrn Dr. Hope unsern ersten Dank.

(ges.) D. Wohlnic, Besitzer, Camenzin b. Bortluchen.

Künstliche Zahne etc.

Paul Zander, Breitgasse 105.

Gewinne I. Klasse:

1 à 40 000 = 40 000
1 - 30 000 = 30 000
1 - 20 000 = 20 000
1 - 15 000 = 15 000
1 - 10 000 = 10 000
2 - 5 000 = 10 000
3 - 4 000 = 12 000
5 - 3 000 = 15 000
5 - 2 000 = 10 000
10 - 1 000 = 10 000
30 - 500 = 15 000
40 - 300 = 12 000
100 - 200 = 20 000
200 - 100 = 20 000
400 - 50 = 20 000
3200 - 40 = 128 000
4000 Gewinne=Mk. 387 000

110 000 Loose, 17 265 Gewinne ohne Abzug zahlbar.

I. Ziehung in Berlin am 14. und 15. Februar er.

Hierzu offerire und versende

Original - Loose I. Klasse

1/1 1/2 1/4 1/8

M. 20 10 5 2,50

Die Erneuerung derselben z. II. Klasse findet bei mir z. gleichen Preise statt.

Voll - Loose für beide Klassen gültig.

1/1 1/2 1/4 1/8

M. 40 20 10 5

Porto und Liste für beide Klassen 50 Pf.

Bank- und Lotterie-

Berlin NW., Flensburgerstr. 7.

(bisher Spandauerbrücke 16).

Geschäft, Filiale und Haupt-Expedition:

D. Lewin, Neustrelitz.

Reichsbank-Giro-Conto. Telegr.-Adr. für Berlin und Neustrelitz: „Goldquelle“.

Amtlicher Plan auf Wunsch gratis und franco.

Gewinne II. Klasse:

1 à 200 000 = 200 000
1 - 100 000 = 100 000
1 - 50 000 = 50 000
1 - 25 000 = 25 000
1 - 15 000 = 15 000
2 - 10 000 = 20 000
3 - 5 000 = 15 000
5 - 3 000 = 15 000
10 - 2 000 = 20 000
40 - 1 000 = 40 000
100 - 500 = 50 000
200 - 300 = 60 000
500 - 200 = 100 000
1 000 - 100 = 100 000
11 400 - 50 = 570 000

13265 Gw. u. 1 Präm. = M. 1680000

Grosse Trier Geld-Lotterie

110 000 Loose, 17 265 Gewinne ohne Abzug zahlbar.

I. Ziehung in Berlin am 14. und 15. Februar er.

Hierzu offerire und versende

Original - Loose I. Klasse

1/1 1/2 1/4 1/8

M. 20 10 5 2,50

Die Erneuerung derselben z. II. Klasse findet bei mir z. gleichen Preise statt.

Voll - Loose für beide Klassen gültig.

1/1 1/2 1/4 1/8

M. 40 20 10 5

Porto und Liste für beide Klassen 50 Pf.

Bank- und Lotterie-

Berlin NW., Flensburgerstr. 7.

(bisher Spandauerbrücke 16).

Geschäft, Filiale und Haupt-Expedition:

D. Lewin, Neustrelitz.

Reichsbank-Giro-Conto. Telegr.-Adr. für Berlin und Neustrelitz: „Goldquelle“.

Amtlicher Plan auf Wunsch gratis und franco.

„Im Fluge durch die Welt!“

Heute Lieferung 13.

Complet in 16 Lieferungen à 50 Pf. nebst der eleganten Einbanddecke à 1,25 Mk.

allein zu beziehen durch die

Haupt-Expedition der „Danziger Zeitung“.

Stadt-Theater.

Donnerstag, den 24. Januar 1895,

Abends 7 Uhr: 3. Serie weiß.

92. Abonnements-Vorstellung.

P. P. C.

Die Burgruine.

Luftspiel in 1 Act von Carl Caro.

Regie: Franz Schieke.

Watheim Ernst, seine Tochter
Eberhard Leuthold, Major
Theodor Sperber, Fräulein Kathrine
Anopf, Diener

Franz Schieke.
Rosa Leni.
Ludwig Lindhoff.
Ernst Arndt.
Anna Autsherra.
Bruno Galleische.

Hier auf:

Die Großstadtluft.

Gchwank in 4 Acten von Oscar Blumenthal und G. Adelburg.

Regie: Alfred Beucker.

Verloren:

Martin Schröter, Fabrikant
Gabine, seine Tochter
Walter Leni, Rechtsanwalt
Antonie, seine Frau
Bernhard Gempe, ihr Cousin
Fritz Flemming, Ingenieur
Dr. Crullus
Frau Dr. Crullus
Nector Arnsdorf
Frau Nector Arnsdorf
Martha, Dienstmädchen
Ein Tapetier
Ein Diener

Franz Schieke.
Rosa Hagedorn.
Ludwig Lindhoff.
Adèle Werra.
August Braubach.
Max Aischner.
Anna Autsherra.
Alfred Reucker.
Johanna Proft.
Marie Hofmann.
Bruno Galleische.
Oscar Steinberg.

Rajser-Panorama. Wiener Cafe zur Börse, Langenmarkt 9—10, L. hochinteressant. Diese Woche: Deutsch-Ost-Afrika und die Zentrali-Truppe. Diese Ansicht h. a. Kaiserl. Hofe vorgelegen und wurden von Sr. Majestät Kaiser Wilhelm mit grossem Interesse besichtigt.

Grundschuldbriefe

der Zuckerfabrik Altfelde.

Bei der heute im Beisein des Notars Herrn Juffirath Hartwig aus Marienburg stattgefundenen leichten Auslösung obiger Grundschuldbriefe sind die nachstehenden Nummern gejogen worden:

16. 17. 18. 19. 20. 21. 28. 35. 52.

73. 80. 117. 131. 133. 141. 169. 212. 214.

215. 216. 220. 225. 240. 244. 248. 252. 274.